

P r o t o k o l l

über die Sitzung des Landtages vom 6. Juni 1922.

Anwesend sind alle Abgeordneten bis auf Bargetze und Gassner, die krankheitshalber/entschuldigt sind; für die Regierung Reg.-Rat Gubelmann.

Präsident Dr. Beck eröffnet die Sitzung und begrüßt die Herren Abgeordneten. Er läßt das Protokoll der letzten Sitzung verlesen, welches nach Vornahme einiger Änderungen genehmigt wird.

Präsident Dr. Beck gibt den Einlauf bekannt.

1. Ein Schreiben des Oberfinanzrates Hofmann in Steuersachen.

2. Ein Schreiben der Regierung betr. ^{auch} (Belastung) Beleuchtungszwang bei Fuhrwerken.

3. Eine Anregung der fürstl. Regierung betr. Errichtung eines Gerichtssaales .

4. dtto. betr. Prämien für Ablieferung schädlicher Vögel.

5. Ein Gesuch des Schneidermeisterverbandes um Änderung des Zollltarifes

Antrag Büchel: Landtagsbeschluss. Genehmigte Protokolle sollen in beiden Zeitungen veröffentlicht werden.

I. Regierungswahl:

Präsident: Oberlehrer Feger habe die Erklärung abgegeben, dass er als Regierungschef nicht in Betracht komme wegen seines Gesundheitszustandes. Präsident verliest Fegers Eingabe und sein ärztliches Zeugnis. Es sei bedauerlich, dass Feger eine Wahl nicht annehmen konnte. Präsident könne Feger für seine mühevollen Arbeit nur danken. Wir stehen vor der Tatsache, dass wir den Regierungschef heute wieder wählen müssen; so gehe es nicht weiter. Regierungsrat

Gubelmann sei verfassungsgemäß berufen auf den Regierungschefposten, sei Gubelmann gekommen wie der Pontius ins Oredo. Wir müssen unbedingt heute zur Chefwahl schreiten. Feger soll der Dank des Hauses ausgesprochen werden. Die Frage der Wahl sei zur Diskussion gestellt.

Wachter. Nachdem der Fürst ins Land komme, möchte er die Frage der Wahl verschieben, um Ruhe ins Land zu bringen. Die Sache sei zu überstürzt gekommen, durch ein Telegramm seien wir zur Wahl gedrängt worden.

Präsident: Die Anregung Wachters gehe dahin, die Wahl zu verschieben, bis der Fürst komme. Von einer Überstürzung könne keine Rede sein. Er wäre dankbar, wenn der Fürst die Bestellung hier selbst vornehmen könnte, aber der Besuch sei wieder verschoben worden. Das Volk verlange, daß die Wahl jetzt vorgenommen werde.

Wachter: Die Abgeordneten seien mit sich selbst nicht einig.

Walser: Ospelt habe demissioniert aus Gesundheitsrück-sichten. Man habe gewußt, daß er nicht gesund sei, aber daß Ospelt so krank sei, habe er nicht gewußt. Feger habe dann die Stellvertretung übernommen. Feger habe seine Kräfte schon durch 42 Jahre dem Schuldienste aufgeopfert, für die Dauer werden seine Kräfte den Regierungsgeschäften nicht mehr gerecht. Er möchte betonen, daß Feger seine Kräfte gerne zur Verfügung gestellt hätte, Walser glaubt, daß Feger heute einstimmig gewählt worden wäre. Die Verfassung verlange wieder die Stellungnahme zur Chefwahl. Die Verhältnisse zeigen, daß wir einen jungen, kräftigen Mann an die Regierung benützen müssen und zwar, wie wir hoffen, für längere Zeit. Er könnte die Verantwortung an einer Verschiebung nicht mittragen. Man könne mit gutem Gewissen zur Chefwahl schreiten. Es sei unbestimmt, wann der Fürst ins Land komme.

Der Besuch sei eben wieder verschoben worden. Der Fürst selbst habe zur Chefwahl schon Stellung genommen. Er sei einverstanden mit der Wahl Schädlers zum Regierungschef. Mit Schädler werde ein tüchtiger, eifriger Mann gewonnen. Er habe volles Vertrauen, er beantrage die Wahl.

Quaderer. Geht mit Wachter einig und beantragt Verschiebung. Schädler stehe uns auch sonst zur Verfügung.

Wachter. bleibt auf seinem Antrag. Durch Schädlers Wahl würden zwei Stellen frei. Wir müßten für einen Reallehrer sorgen und für einen Regierungsrat.

Präsident. verliest das Schreiben, dass der Fürst mit Schädlers Wahl einverstanden sei.

Wachter: Ein Wort des Fürsten gelte ihm mehr, als 20-30 Telegramme der Kabinettskanzlei. Wenn der Fürst in diesem Monate nicht ins Land komme, dann könnte man die Wahl ja sonst vornehmen.

Walser: Wenn der Fürst nicht komme, bleibe die Stelle vakant. Es sei nicht gleich, wenn diese Kraft nur als Rat|dasitze. Er halte es für recht, dass dieser Mann auf den Chefposten komme. Einer Verschiebung stimme er nicht zu.

Präsident: Er wisse nicht, was Gubelmann dazu sage. Aber jedenfalls hätte er auch andere Arbeit.

Gubelmann: Schon seit drei Wochen sitze er jetzt bei der Regierung, er hätte auch andere Arbeiten, ihm gehe zu Hause mehr zu Grunde, als er hier verdiene. Er habe immer auf die Wahl gedrängt. Nur damit sei dem Lande nicht gedient, wenn er hier sitze und seinen Namen unter die Schriftstücke setze.

Wachter: Von einem Provisorium fallen wir seit Jahren ins andere. Man könne also ruhig noch drei Wochen warten. den Wunsch Gubelmanns müsse man respektieren, es gebühre ihm Dank für seine Arbeit. Ob nicht ein Beamte die Geschäfte erledigen d. h. vorbereiten und der kollegialen Regierung vorlegen könnte.

Eventuell könnte Hoop das machen.

Präsident: Die Wahl sei von Wien aus urgirt. Er lasse über Wachters Antrag abstimmen.

Büchel: Er werde seinen Standpunkt in der Abstimmung festlegen. Über die Person rede er nicht; Wachter habe mit seinen Argumenten recht, wenn er sie ins Treffen führe.

Mit großem Mehr wird sofortige Wahl beschlossen.

Präsident. Es sei nötig, dass wir heute zur Wahl schreiten. Der Posten könne nicht mehr länger verweist bleiben. Es seien noch Gesetzentwürfe von der alten Regierung, die viel Arbeit geben.

Das Ergebnis der Wahl:

7 Stimmen:	Schädler,
1 Stimme:	Dr. Hoop,
4 Stimmen:	leer.

II. Diäten für Landestierarzt.

Präsident: Wachter sei als Referent bestellt.

Wachter: Die Sache sei schon einmal im Landtag besprochen, aber zurückgewiesen worden; sie reiche noch auf den alten Landtag zurück. Der alte Landtag habe keinen Kredit mehr bewilligt und die Regierung ersucht, mit Marxer zu unterhandeln. Marxer sei in der Finanzkommission gehört worden und Wachter habe mit ihm unterhandelt. Marxer verlangt einjährige Pauschale von 600.- Frs., bisher sei die Rechnung jährlich auf 1000 Franken gekommen. Die Kommission sei der Meinung, nachdem das erste Halbjahr bald vorbei sei, nur für das erste zu bewilligen. Für das zweite müssen die Gehalte ja reguliert werden. Marxer weise darauf hin, dass man ihm seinerzeit eine gute Stelle versprochen habe, er sei aus dem Bauernbe-